

Das Zivilurteil

Einführung in die Urteilstchnik

Bearbeitet von
Ralf Kurpat, Dr. Peter Siegburg

8., überarbeitete Auflage 2017. Buch. XXIV, 307 S. Kartoniert

ISBN 978 3 8006 5075 0

Format (B x L): 21,0 x 29,7 cm

Gewicht: 966 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurpat | Das Zivilurteil

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Zivilurteil

Einführung in die Urteilstechnik

Von

Ralf Kurpat

Vorsitzender Richter am Landgericht Bonn

Nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter beim LG Bonn

Begründet wurde das Werk von Dr. Peter Siegburg

8., überarbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2017

Zitiervorschlag: *Kurpat* Zivilurteil Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5075 0

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur achten Auflage

Das anfänglich unter dem Titel »Einführung in die Urteils- und Relationstechnik« erschienene »Zivilurteil« geht mittlerweile in die achte Auflage und blickt damit auf eine 40 Jahre lange Geschichte zurück. Das von Herrn Dr. jur. Peter Siegburg begründete Werk hatte immer die Schwierigkeiten der Referendare im Blick, die »für sie unbekannte Materie der Urteils- und Relationstechnik in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ausreichend zu erlernen« (Vorwort zur ersten Auflage).

In die vorliegende Überarbeitung sind neben den Erfahrungen aus der Ausbildung von Rechtsreferendaren, deren Anregungen zur Aufnahme neuer und Klarstellung vorhandener Inhalte auch Erkenntnisse des Verfassers aus der Tätigkeit in der Richterfortbildung eingeflossen. Damit verbunden ist die Absicht, dass Werk noch stärker an den Anforderungen der Praxis auszurichten, um neben dem Referendar auch dem Berufseinsteiger die Abfassung von Zivilurteilen zu erleichtern. Hierauf beruhen unter anderem die erweiterten Ausführungen zu den mit Beweiserhebung und Beweiswürdigung verbundenen praktischen Problemen. Eine sachgerechte Verhandlung und Entscheidung des jeweiligen Rechtsstreits ist ohne präzise Erarbeitung des Sach- und Streitstandes und umfassende Kenntnisse des Beweismittelrechts nicht denkbar. Das gilt für Richter und Referendare gleichermaßen. Daneben machte die gesetzgeberische Tätigkeit im Bereich des Kosten- und Gebührenrechts eine Aktualisierung nicht nur der Fallbeispiele erforderlich.

Rechtsprechungs- und Literaturnachweise sind auf dem Stand Mai 2016.

Für kritische Anmerkungen und Hinweise auf unentdeckt gebliebene Fehler bin ich unverändert dankbar.

Bonn, im Juni 2016

Ralf Kurpat



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur siebten Auflage

Die positive Aufnahme der 6. Auflage ermöglicht eine Aktualisierung und Überarbeitung bereits zwei Jahre nach Erscheinen der letzten Auflage. Im Zuge dessen sind die Ausführungen im Abschnitt »Rubrum« gestrafft, die im Abschnitt »Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung« erweitert worden. Zugleich konnten die mit der letzten Auflage eingeführten Schemata um weitere praxis- und examensrelevante prozessuale Konstellationen (insbesondere Anerkenntnisurteil, Klagenhäufung und -änderung sowie Parteiwechsel und -erweiterung) ergänzt werden. Mit der Aufnahme tabellarischer Übersichten sind wesentliche Inhalte nun auch optisch leichter erfassbar. Die seit der letzten Auflage veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur ist – soweit möglich und sinnvoll – ausgewertet und berücksichtigt worden. Mit der zusammenfassenden Darstellung der Relationstechnik ist eine Rückkehr zu den Anfängen dieses ursprünglich »Einführung in die Urteils- und Relationstechnik« benannten Ausbildungsbuches verbunden. Die relationstechnische Denkweise bleibt Voraussetzung für eine effiziente Erfassung und Prüfung des entscheidungserheblichen Sachvortrages. Ihr muss eine an den zivilprozessualen Vorgaben ausgerichtete Stoffsammlung und -ordnung vorausgehen. Die Lektüre des Abschnitts »Die Vorbereitung des Tatbestandes« sollte daher am Anfang stehen.

Auch die vorliegende Überarbeitung dient dem Ziel, den Referendarinnen und Referendaren die Abfassung des Zivilurteils zu erleichtern. Der neue Buchtitel trägt dem Rechnung. Für Hinweise auf Fehler und mögliche Verbesserungen bin ich weiterhin dankbar.

Bonn, im November 2012

Der Verfasser



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur sechsten Auflage

Der Gesetzgeber ist auch nach dem Erscheinen der fünften Auflage im Jahr 2003 nicht untätig geblieben und hat die Zivilprozessordnung weiteren Änderungen unterworfen. Zugleich haben ökonomische Zwänge und eine Orientierung an der Berufswirklichkeit der Assessoren/innen die Landesgesetzgeber veranlasst, das juristische Referendariat zeitlich zu verkürzen und in stärkerem Maße an den Anforderungen des Anwaltsberufes auszurichten. Ungeachtet der nicht unbestrittenen Eignung dieser und – angesichts des sog. Bologna-Prozesses – noch beabsichtigter Reformmaßnahmen gilt weiterhin, dass der Zugang zum »praktischen Fall« wesentlich von den Lernerfahrungen in der ersten zivilrechtlichen Ausbildungsstation des Referendariats geprägt wird. Den Einstieg in diesen Ausbildungsabschnitt will das vorliegende Buch erleichtern. Aus diesem Grunde sind neben der bewährten Darstellung des Urteilsaufbaus in dieser Auflage verstärkt Falldarstellungen und Formulierungshilfen sowie erstmals Aufbauschemata für verschiedene Prozesskonstellationen aufgenommen worden. Im Vordergrund der Ausführungen steht dabei das erstinstanzliche Urteil. Sämtliche Fallbeispiele berücksichtigen die zwischenzeitlichen Neuerungen im GKG sowie die Einführung des RVG und JVEG. Die seit der letzten Auflage veröffentlichte Rechtsprechung ist bis Ende 2009 berücksichtigt worden. Die Literaturnachweise sind erheblich erweitert und ebenfalls aktualisiert worden. Hinweise auf (unvermeidliche) Fehler und mögliche Verbesserungen sind jederzeit willkommen.

Nach den mehr als zehnjährigen Erfahrungen des Verfassers als Leiter von zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften erleichtert die Beschränkung auf wesentliche Strukturen den Zugang zu der den Referendaren/innen bislang weitgehend unbekannten Materie der Urteilschnik. In der Vertiefung und Wiederholung des dabei Erlernten liegt das Geheimnis der Vervollkommnung auch in diesem Bereich.

Herr Dr. jur. Peter Siegburg, der die »Einführung in die Urteilschnik« vor mehr als dreißig Jahren begründet und über fünf Auflagen betreut hat, ist 2005 verstorben. Seine Art, die mit der Urteilsabfassung verbundenen Fragestellungen und Lösungsansätze darzustellen, bleibt Maßstab für dieses Ausbildungsbuch.

Bonn, im Januar 2010

Der Verfasser



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Die im Jahre 1972 durchgeführte Reform des Vorbereitungsdienstes brachte den Referendaren neben einer Verkürzung der Ausbildungszeit eine Änderung und Umstellung der einzelnen Ausbildungsstationen. In Nordrhein-Westfalen z. B. beginnt seitdem der Vorbereitungsdienst mit einem Einführungslehrgang zur Vorbereitung des Referendars auf die Ausbildung bei einem ordentlichen Gericht in Zivilsachen (§ 29 I JAO NW), der zur Zeit einen Monat dauert. Das Ausbildungsziel dieses Einführungskurses besteht in erster Linie darin, den Referendar darauf vorzubereiten, während der anschließenden praktischen Ausbildung beim Amts- bzw. Landgericht in Zivilsachen von Anfang an möglichst selbständig mitzuarbeiten. Zu diesem Zwecke muss der Referendar namentlich in die Urteils- und Relationstechnik eingeführt werden, weil die Anfertigung von Sachberichten, Urteilsentwürfen und Gutachten zum Bestandteil der nachfolgenden Ausbildung beim Zivilgericht gehört.

Als Leiter solcher Einführungslehrgänge habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Referendare am Anfang große Schwierigkeiten haben, die für sie unbekannte Materie der Urteils- und Relationstechnik in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ausreichend zu erlernen. Ziel dieses Buches ist es daher, dem von der Universität kommenden Anfänger einen Leitfaden zur Anfertigung von Urteilsentwürfen und Gutachten an die Hand zu geben und ihm auf diese Weise den Einstieg in die für ihn fremde Materie zu erleichtern.

Im Rahmen einer solchen Einführung kann die Urteils- und Relationstechnik naturgemäß nicht abschließend behandelt werden. Ich habe mich auf das für den Anfänger Wesentlichste beschränkt und zur Vertiefung der jeweiligen Probleme auf die vorhandene Anleitungsbücher verwiesen.

Der Eingang des Urteils (Rubrum) wird in den Ländern verschieden formuliert. Die in diesem Buch verwandte Formulierung ist in einer Reihe von Bundesländern gebräuchlich. Der Referendar lässt sich am besten von dem ausbildenden Zivilrichter ein Muster eines Urteils geben, damit er feststellen kann, welche Formulierung des Urteilseingangs jeweils üblich ist.

Bekanntlich wird nicht in allen Bundesländern die Anfertigung einer schriftlichen Hausarbeit verlangt. Der Referendar, der keine Relation anzufertigen braucht, sollte gleichwohl den zweiten Teil des Buches über die Relation lesen. Er behandelt nämlich auch Gebiete, die für jeden Referendar von Interesse sein dürften. Besonders hinzuweisen ist auf die Kapitel »Stoffsammlung« und »Stoffordnung«, die für die Anfertigung eines Sachberichtes oder Tatbestandes wichtig sind. Ferner sind die Abschnitte über die Erheblichkeit der Einlassung des Beklagten einschließlich des gleichwertigen Parteivorbringens hervorzuheben.

Köln, im Januar 1976

Der Verfasser



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur achten Auflage	V
Vorwort zur siebten Auflage	VII
Vorwort zur sechsten Auflage	IX
Vorwort zur ersten Auflage	XI
Literaturverzeichnis	XXIII
Einführung in die Urteilstechnik	1
A. Das Rubrum	3
I. Das Aktenzeichen	3
II. Der Verkündungsvermerk	4
III. Das Wappen	4
IV. Die Überschrift	4
V. Die Bezeichnung der Prozessbeteiligten	6
1. Die Parteibezeichnung	6
2. Die gesetzlichen Vertreter	12
3. Die Prozessbevollmächtigten	15
VI. Die Bezeichnung des Gegenstandes des Rechtsstreits	18
VII. Die Bezeichnung des Gerichts und der Richter	18
VIII. Die Angabe des Schlusses der mündlichen Verhandlung bzw. des schriftlichen Verfahrens	20
IX. Ein zusammenfassendes Beispiel	22
B. Die Urteilsformel	23
I. Der Urteilsstenor zur Hauptsache	24
1. Allgemeine Grundsätze	24
2. Das klageabweisende Urteil	26
3. Das klagestattgebende Urteil	27
a) Urteilsarten	27
b) Klagearten	29
c) Besondere Fallgestaltungen	32
4. Teilweises Unterliegen bzw. Obsiegen	32
II. Die Kostenentscheidung	33
1. Allgemeine Grundsätze	34
a) Kostengrundentscheidung	34
b) Kosten des Rechtsstreits	35
c) Gebührenstreitwert	37
d) Einheit der Kostenentscheidung	38
e) Kostentrennung	39
2. Das volle Unterliegen bzw. Obsiegen einer Partei	42
3. Das teilweise Unterliegen bzw. Obsiegen der Parteien	44
a) Teilunterliegen	44
b) Verteilungsmaßstab	45
c) Geringfügiges bzw. privilegiertes Unterliegen	48
4. Besondere Fallgestaltungen	49
a) Nebenforderungen	49
b) Obsiegen bzw. Unterliegen von Streitgenossen	50

c) Aufrechnung	52
d) Haupt- und Hilfsantrag	54
e) Klage und Widerklage	55
5. Gemischte Kostenentscheidungen	56
a) Teilklagerücknahme	57
b) Teilerledigung und Teilerkenntnis	59
c) Teilurteil	59
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	59
1. Allgemeine Grundsätze	59
2. Die Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung (§ 708 ZPO)	62
3. Die Abwendungsbefugnis gem. § 711 ZPO und deren Ausschluss nach § 713 ZPO	67
a) Unterbleiben von Schutzanordnungen	68
b) Das volle Unterliegen bzw. Obsiegen einer Partei	68
c) Das teilweise Unterliegen bzw. Obsiegen der Parteien	70
d) Die Höhe der »Sicherheitsleistung«	70
e) Die Art der Sicherheitsleistung	75
4. Die Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung (§ 709 ZPO)	75
a) Die Höhe der Sicherheitsleistung	75
b) Urteile nach Einspruch gegen ein Versäumnisurteil	77
5. Vollstreckungsschutz/-erleichterungen (§§ 710, 711 S. 3, 712 ZPO)	80
6. Besondere Fallgestaltungen	81
a) Klage und Widerklage	81
b) Zurückbehaltungsrecht und Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 273, 320 BGB)	81
c) Prozessuale Gestaltungsklagen	81
d) Gemischte Kostenentscheidungen	82
IV. Die sonstigen Nebenentscheidungen im Urteilstenor	82
1. Zulassung der Berufung	82
2. Vorbehalt der Rechte im Nachverfahren	83
3. Einwand beschränkter Erbenhaftung	83
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	83
C. Der Tatbestand	85
I. Allgemeine Grundsätze	85
II. Die Vorbereitung des Tatbestandes	89
1. Die Stoffsammlung	89
a) Das Parteivorbringen	89
aa) Die Tatsachen	91
bb) Die Rechtsausführungen	95
cc) Das Haupt- und das Hilfsvorbringen	96
b) Die Quellen der Stoffsammlung zum Parteivorbringen	97
aa) Die Schriftsätze	98
bb) Die Urkunden	102
cc) Die Beiakten	105
dd) Die Sitzungsprotokolle, die Beweisbeschlüsse und die Sachverständigen- gutachten	106
ee) Die früheren Entscheidungen	107
c) Die Prozessgeschichte	108
d) Die Anfertigung eines Aktenauszuges und/oder einer Zeittabelle	108
2. Die Stoffordnung	110
a) Die Feststellung des überholten Parteivorbringens	110
b) Die Ermittlung des Sach- und Streitstandes	111
aa) Der Sachstand	112
(1) Der übereinstimmende Sachvortrag	112
(2) Der ausdrücklich oder konkludent zugestandene Sachvortrag	113
(3) Der fiktiv zugestandene Sachvortrag	114

bb) Der Streitstand	115
(1) Das pauschale Bestreiten	116
(2) Das einfache Bestreiten	116
(3) Das substantiierte Bestreiten	118
(4) Die Erklärung mit Nichtwissen	119
c) Die Auswertung der Rechtsausführungen	121
d) Die chronologische Ordnung des Parteivorbringens durch einen verbesserten Aktenauszug oder einen Sachbericht	122
III. Der Aufbau des Tatbestandes im Einzelnen	123
1. Das unstreitige Parteivorbringen	124
2. Der streitige Vortrag des Klägers	130
a) Der Einleitungssatz	130
b) Der Tatsachenvortrag	130
c) Die Rechtsausführungen	136
3. Die Prozessgeschichte I	137
4. Die Anträge der Parteien	141
a) Allgemeine Grundsätze	141
b) Der Antrag des Klägers zum Hauptanspruch	143
c) Der Antrag des Klägers zu den Nebenansprüchen	145
d) Der Abweisungsantrag des Beklagten	146
e) Die Antragstellung bei Klage und Widerklage	147
5. Das Verteidigungsvorbringen des Beklagten	148
a) Das Vorbringen zur Zulässigkeit der Klage	148
b) Das Bestreiten klagebegründender Tatsachen	149
c) Das Vorbringen materiell-rechtlicher Einwendungen und Einreden	151
d) Die (Hilfs-)Aufrechnung	153
e) Die Rechtsausführungen	154
6. Die Replik des Klägers und die Duplik des Beklagten	155
7. Die Prozessgeschichte II	156
8. Die Bezugnahmen	158
D. Die Entscheidungsgründe	161
I. Allgemeine Grundsätze	161
II. Der Aufbau der Entscheidungsgründe ohne eine Beweiswürdigung	168
1. Der einleitende feststellende Ergebnissatz	168
2. Die Einspruchsprüfung	169
3. Die Auslegung des Klageantrages	170
4. Die Zulässigkeit der Klage	171
a) Ordnungsgemäßer Klageantrag	171
b) Klage auf künftige Leistung	172
c) Eventualklagenhäufung	172
d) Veränderungen des Streitgegenstandes	172
e) Sachliche und örtliche Zuständigkeit	173
f) Parteifähigkeit	173
g) Prozessführungsbefugnis	174
h) Rechtsschutzbedürfnis	174
i) Einrede der Schiedsvereinbarung	175
5. Die Begründetheit der Klage	175
a) Der Hauptanspruch	175
aa) Das volle Obsiegen des Klägers	175
bb) Die Klageabweisung	178
cc) Das teilweise Obsiegen des Klägers	179
b) Die Nebenansprüche	180
6. Die prozessualen Nebenentscheidungen	181
7. Die Streitwertfestsetzung	183

8. Die Rechtsbehelfsbelehrung	184
9. Die Unterschrift	185
III. Besondere Fallgestaltungen	185
1. Haupt- und Hilfsantrag	185
2. Haupt- und Hilfsaufrechnung	186
3. Zurückbehaltungsrecht	186
4. Widerklage	186
IV. Der Aufbau der Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung	187
1. Allgemeine Grundsätze	187
2. Der Beweisgegenstand	188
3. Die Beweisbedürftigkeit	188
a) Offenkundigkeit der Tatsache	188
b) Tatsächliche Vermutungen	188
c) Indizienbeweis	189
d) Beweisvereitelung	189
4. Die Beweiserhebung	190
5. Die Überzeugungsbildung	191
6. Der Beweis durch Augenschein	192
7. Der Sachverständigenbeweis	193
8. Der Zeugenbeweis	194
a) Die Aussageanalyse	196
aa) Realitätskriterien	196
(1) Betreffend den Aussageinhalt	197
(2) Betreffend die Aussagestruktur	197
(3) Betreffend die Wiederholung von Aussageinhalten	197
bb) Phantasiesignale	197
(1) Betreffend die Verlegenheit bei der Aussage	197
(2) Betreffend die Übertreibung in der Aussage	198
(3) Betreffend die Aussagekompetenz	198
b) Formulierungsbeispiele	198
9. Der Urkundenbeweis	200
10. Die Parteivernehmung	202
11. Verwertung anderweitiger Beweisergebnisse	203
12. Der Aufbau der Beweiswürdigung	203
a) Streitige Behauptung (ggf. über Hilfstatsachen) bewiesen	204
b) Streitige Behauptung nicht erwiesen	204
c) Sonderfall: Beweis des Gegenteils	206
13. Weitere Prüfungs- und Darstellungshinweise	206
Anhang: Die Schemata	207
E. Die Stoffsammlung und -ordnung	209
I. Stoffsammlung	209
1. Fundstellen	209
2. Parteivorbringen	209
a) Tatsachen	209
b) Rechtsansichten	210
II. Stoffordnung	211
1. Unstreitiges Vorbringen (Sachstand)	211
2. Streitiges Vorbringen (Streitstand)	211
3. Pflicht zur Substantiierung	212
F. Die Sachurteilsvoraussetzungen	213
I. Allgemeines	213
II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	213
1. Deutsche Gerichtsbarkeit	213
2. Internationale Zuständigkeit	213

3. Zulässigkeit des Rechtswegs	213
4. Sachliche Zuständigkeit	213
5. Örtliche Zuständigkeit	214
6. Funktionelle Zuständigkeit	214
III. Klagebezogene Sachurteilsvoraussetzungen	214
1. Ordnungsgemäße Klageerhebung	214
2. Erfolgreiche Streitschlichtung gem. § 15a EGZPO	214
3. Besondere Klagearten	214
a) Klage auf künftige Leistung, §§ 257–259 ZPO	214
b) Die Urkunds-, Wechsel- oder Scheckklage, §§ 592, 602 und 605a ZPO	215
IV. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen (sog. Prozesshandlungsvoraussetzungen)	215
1. Parteifähigkeit, § 50 ZPO	215
2. Prozessfähigkeit, §§ 51, 52 ZPO	215
3. Prozessführungsbefugnis	215
4. Postulationsfähigkeit	216
5. Ordnungsgemäße Vertretung / Vertretungsmacht	216
V. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	216
1. Keine anderweitige Rechtshängigkeit, § 261 III Nr. 1 ZPO	216
2. Keine entgegenstehende Rechtskraft, § 322 ZPO	216
3. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	217
4. Besonderes Rechtsschutzbedürfnis	217
VI. Fehlen prozesshindernder Einreden	217
1. Einrede der Schiedsgerichtsvereinbarung, § 1032 ZPO	217
2. Einrede der fehlenden Kostenerstattung, § 269 VI ZPO	217
3. Einrede der fehlenden Prozesskostensicherheit, §§ 110 ff. ZPO	218
G. Die Relation	219
I. Allgemeines	219
II. Inhalt	219
III. Aufbau des Sachberichts	219
IV. Aufbau des Gutachtens	219
1. Entscheidungsvorschlag	219
2. Auslegungs- oder Antragsstation	220
3. Zulässigkeits- oder Prozessstation (ein- bzw. zweischichtig)	220
4. Klägerstation	221
5. Beklagtenstation	221
6. Replikstation	222
7. Beweisstation	222
a) Beweisstation ohne Beweismwürdigung	222
b) Beweisstation mit Beweismwürdigung	223
8. Entscheidungs- oder Tenorierungsstation	223
a) Bei fehlender Sachentscheidungsreife	223
b) Bei bestehender Sachentscheidungsreife	223
V. Urteil- oder Beschlussentwurf	224
H. Der Beweisbeschluss	225
I. Allgemeines	225
II. Beschlussentwurf	226
J. Der Urteilskopf	229
K. Die Kostenentscheidung	233
I. Allgemeines	233
II. Darstellung im Urteil	233
1. Rubrum	233

2. Tenor	233
a) Das volle Obsiegen/Unterliegen, §§ 91 I und 93 ZPO	233
b) Das teilweise Obsiegen/Unterliegen, § 92 I ZPO	233
c) Das geringfügige Obsiegen/Unterliegen, § 92 II ZPO	234
d) Das kopfteilige Unterliegen von Streitgenossen, § 100 I ZPO	234
e) Das gesamtschuldnerische Unterliegen von Streitgenossen, § 100 IV ZPO	234
f) Die unterschiedliche Beteiligung unterliegender Streitgenossen, § 100 II und III ZPO	234
g) Das Unterliegen einzelner und Obsiegen anderer Streitgenossen, §§ 91, 92 ZPO	234
h) Durch eine Partei verursachte ausscheidbare Mehrkosten	234
3. Tatbestand	235
4. Entscheidungsgründe	236
L. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	237
I. Allgemeines	237
II. Darstellung im Urteil	237
1. Tenor	237
a) aus Urteilen gem. § 708 Nr. 1–3 ZPO oder §§ 708 Nr. 4–11, 713 ZPO	237
b) aus Urteilen gem. §§ 708 Nr. 4–11, 711 ZPO	237
c) aus Urteilen gem. § 709 S. 1, 2 ZPO	237
d) aus Urteilen gem. §§ 708 Nr. 4–11, 711 und 709 S. 1, 2 ZPO	237
e) aus Urteilen gem. § 709 S. 1–3 ZPO	238
2. Tatbestand	238
3. Entscheidungsgründe	238
M. Der Tatbestand	239
I. Unstreitiges	239
II. Streitiges Vorbringen des Klägers	239
III. [evtl.] Prozessgeschichte I	239
IV. Antrag des Klägers	240
V. Antrag des Beklagten	240
VI. Streitiges Vorbringen des Beklagten	240
VII. [evtl.] Streitiges Vorbringen des Klägers (Replik)	240
VIII. Prozessgeschichte II	241
N. Die Entscheidungsgründe ohne Beweiswürdigung	243
I. Allgemeines	243
II. Inhalt und Darstellung	243
III. Aufbau	243
1. Ergebnissatz	243
2. (Im Einzelfall) Auslegung des Klageantrages	244
3. (Im Einzelfall) Ausführungen zur Zulässigkeit	244
4. Ausführungen zur Begründetheit	245
a) Bei Erfolg des Klagebegehrens	245
b) Bei fehlendem Erfolg des Klagebegehrens	245
c) Bei teilweisem Erfolg des Klagebegehrens	245
5. Ausführungen zu den prozessualen Nebenentscheidungen	245
6. Streitwert(-beschluss)	245
7. Die Rechtsbehelfsbelehrung	245
8. Unterschriften der Richter	246
O. Die Entscheidungsgründe mit Beweiswürdigung	247
I. Allgemeines	247
II. Beweiswürdigung	247
1. Der Beweis durch Augenschein	247
2. Der Sachverständigenbeweis	247
3. Der Zeugenbeweis	248

4. Der Urkundenbeweis	248
5. Die Parteivernehmung	248
III. Aufbau der Beweiswürdigung	248
1. Die streitige Behauptung ist (ggf. über Hilfstatsachen) bewiesen	249
2. Die streitige Behauptung ist nicht erwiesen	249
3. Sonderfall: Beweis des Gegenteils	249
P. Die Mehrheit von Streitgegenständen – objektive Klagenhäufung	251
I. Allgemeines	251
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	251
1. Identität der Parteien	251
2. Zuständigkeit des Prozessgerichts für sämtliche Ansprüche	251
3. Die gleiche Prozessart für alle Ansprüche	251
4. Kein Verbindungsverbot	251
5. Bei der Eventualklagenhäufung: Gleichartigkeit der Ansprüche (Konnexität)	252
6. Bei der nachträglichen objektiven Klagenhäufung bedarf es gem. § 263 ZPO analog alternativ:	252
III. Darstellung im Urteil	252
1. Rubrum und Tenor	252
2. Tatbestand	253
3. Entscheidungsgründe	253
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	254
IV. Sonderfälle	254
1. Leistung und Fristsetzung mit Schadensersatz, §§ 255, 259 ZPO	254
2. Stufenklage, § 254 ZPO	254
Q. Die Stufenklage	255
I. Allgemeines	255
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	255
1. Auskunftsverlangen	255
2. Die Verbindung aufeinander aufbauender Anträge	255
3. Stufenweise Antragstellung	255
III. Darstellung im Urteil	256
1. Rubrum	256
2. Tenor	256
3. Tatbestand	256
4. Entscheidungsgründe	257
a) Zulässigkeit	257
b) Begründetheit	257
c) Prozessuale Nebenentscheidungen	257
5. Streitwert	257
R. Die Parteimehrheit – subjektive Klagenhäufung	259
I. Allgemeines	259
1. Einfache Streitgenossenschaft, §§ 59, 60 ZPO	259
2. Notwendige Streitgenossenschaft, § 62 ZPO	259
II. Sachurteilsvoraussetzungen	260
1. Zweckmäßigkeit gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung	260
2. Zuständigkeit des Prozessgerichts für sämtliche Parteien	260
3. Die gleiche Prozessart für alle Parteien, § 260 ZPO analog	260
4. Kein Verbindungsverbot, § 260 ZPO analog	260
5. Sonderfall: die nachträgliche subjektive Klagenhäufung	260
III. Darstellung im Urteil	261
1. Tatbestand	261
2. Entscheidungsgründe	261

3. Prozessuale Nebenentscheidungen	262
4. Streitwert	262
IV. Sonderfälle	262
1. Beweiserhebung	262
2. Gesamtschuldner (Verkehrsunfall)	262
S. Die Änderung des Streitgegenstandes – objektive Klageänderung	263
I. Allgemeines	263
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	263
1. Klagewechsel	263
2. Klageberichtigung, Antragsänderung und Veräußerung der streitbefangenen Sache	263
3. Nachträgliche objektive Klagenhäufung	264
III. Darstellung im Urteil	264
1. Rubrum und Tenor	264
2. Tatbestand	264
3. Entscheidungsgründe	265
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	266
T. Parteiwechsel und -erweiterung – die subjektive Klageänderung	267
I. Allgemeines	267
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	267
1. Parteiwechsel	267
a) Gesetzlicher Parteiwechsel	267
b) Gewillkürter Parteiwechsel	267
2. Parteierweiterung	268
a) Gesetzliche Parteierweiterung	268
b) Gewillkürte Parteierweiterung	268
III. Darstellung im Urteil	269
1. Rubrum	269
2. Tenor	269
3. Tatbestand	270
4. Entscheidungsgründe	271
5. Prozessuale Nebenentscheidungen	271
IV. Sonderfall: Drittwiderklage	271
U. Das Versäumnisurteil und Einspruchsverfahren	273
I. Allgemeines	273
II. Das Versäumnisurteil	273
1. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	273
a) Säumnis	273
b) Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils	273
c) Keine Erlasshindernisse	273
2. Darstellung im Urteil	274
III. Das Urteil nach unzulässigem Einspruch	274
1. Rubrum und Tenor	274
2. Tatbestand	274
3. Entscheidungsgründe	275
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	275
IV. Das Urteil nach zulässigem Einspruch	275
1. Rubrum und Tenor	275
2. Tatbestand	276
3. Entscheidungsgründe	276
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	277
5. Rechtsbehelfsbelehrung	277
V. Das zweite Versäumnisurteil, § 345 ZPO	278

VI. Sonderfälle	278
1. Der Vollstreckungsbescheid	278
2. Entscheidung nach Lage der Akten	278
V. Das Anerkenntnisurteil	279
I. Allgemeines	279
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	279
1. Anerkenntniserklärung	279
2. Kostenwiderspruch	279
3. Entscheidung ohne Antrag	279
III. Darstellung im Urteil	280
1. Rubrum und Tenor	280
2. Entscheidungsgründe	280
3. Streitwert	280
IV. Sonderfälle	281
1. Kostenwiderspruch im Mahnverfahren	281
2. Anerkenntnis von nur einem Streitgenossen	281
W. Das Zurückbehaltungsrecht	283
I. Allgemeines	283
II. Darstellung im Urteil	283
1. Tenor	283
2. Tatbestand	283
3. Entscheidungsgründe	283
a) Zulässigkeit	283
b) Begründetheit	284
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	284
5. Streitwert	284
X. Die Haupt- und Hilfsaufrechnung	285
I. Allgemeines	285
II. Darstellung im Urteil	285
1. Rubrum und Tenor	285
2. Tatbestand	286
3. Entscheidungsgründe	286
a) Der Einleitungssatz	286
b) Zulässigkeit	286
c) Begründetheit	286
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	287
5. Streitwert	287
Y. Die Widerklage	289
I. Allgemeines	289
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	289
1. Klageerhebung bei rechtshängiger Klage	289
2. Zuständigkeit	289
3. Zusammenhang mit der Klage	289
4. Dieselbe Prozessart	290
III. Darstellung im Urteil	290
1. Rubrum	290
2. Tenor	290
3. Tatbestand	290
4. Entscheidungsgründe	291
5. Prozessuale Nebenentscheidungen	291

IV. Sonderfälle	291
1. Hilfswiderklage	291
2. Beteiligung Dritter	292
Z. Die einseitige Erledigungserklärung	293
I. Allgemeines	293
II. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	293
1. Änderung des Klageantrages	293
2. Rechtsschutzbedürfnis	293
III. Darstellung im Urteil	293
1. Rubrum und Tenor	293
2. Tatbestand	294
3. Entscheidungsgründe	294
a) Auslegung in Feststellungsantrag	294
b) Zulässigkeit	294
c) Begründetheit	294
4. Prozessuale Nebenentscheidungen	295
5. Streitwert	295
Sachregister	297